

Bonn, 10. Oktober 2022

„Energiesicherheit durch Kooperation: Herausforderungen und Chancen der Energiewende in Deutschland“

Am 30. September 2022 tagte der 16. Erweiterte Lenkungsausschuss von SDSN Germany, das Gremium des Netzwerks, in welchem Repräsentant*innen aus der Politik und verschiedensten Gesellschaftsbereichen vertreten sind, in Berlin. Die Veranstaltung, bestehend aus zwei Gesprächsrunden, beschäftigte sich zum einen mit der Notwendigkeit kurzfristiger Energiesicherheit in Deutschland, ohne die langfristigen Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu unterwandern. Zum anderen lag ein Fokus auf den Herausforderungen und Chancen nachhaltiger Energiepartnerschaften.

Im ersten Panel machten **Katharina Klein (EnBW)**, **Udo Sieverding (Verbraucherzentrale NRW)** und **Franziska Wehinger (UBA)** deutlich, dass mit Blick auf die gegenwärtige Energiekrise ein Dreieck zwischen Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit von Energie sowie dem Klima- und Umweltschutz bestehe, das es aufzulösen gelte. Die Situation sei insbesondere für die Verbraucher*innen keine leichte, dennoch sei es, um Lieferverpflichtung einzuhalten, kaum vermeidbar gewisse Preiserhöhungen weiterzugeben. Mit Blick auf die Gaspreiskontrolle gelte, dass sie wohlmöglich die schnellste Entlastung der Verbraucher*innen darstelle, es statt Gießkannenprinzip jedoch weitere einkommensabhängige Entlastungspakete bräuchte, die insbesondere Geringverdiener unterstützten. Deutlich wurde auch, dass auch wenn ein kurzweiliger erhöhter und verlängerter Einsatz von Kohlekraftwerken für die Versorgungssicherheit unumgänglich sei, der Klima- und Umweltschutz unter keinen Umständen längerfristig hintenanstehen dürfe.

Neben einer weiteren Diversifizierung der Energieimporte und dem Aufbau von langfristigen Partnerschaften sei für die Energieversorger daher der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien zentral. Die Panelist*innen waren sich einig, dass die Ampel-Regierung, und insbesondere die Verabschiedung des sogenannten „Osterpakets“, eine lange Phase der Stagnation im Klima- und Umweltschutz beendet habe, es nun aber immer noch an der konkreten Umsetzung entscheidender Maßnahmen fehle. Dabei sei schnelles Handeln gefragt, denn der zeitliche Vorlauf des Ausbaus erneuerbarer Energien werde oft unterschätzt. Es wäre ratsam Planungs- und Genehmigungszeiten zu verkürzen und insbesondere die Ausweisung der zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie auf 2025/2026 vorzuziehen¹. Zusätzlich müsse die im Koalitionsvertrag festgehaltene Solardachpflicht entschlossen umgesetzt werden. Ein zusätzliches Problem sei in diesem Kontext der Mangel an Fachkräften zum Aufbau und zur Wartung von erneuerbaren Energieanlagen. Es brauche für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland eine strukturierte, großflächig angelegte Aktion, entsprechende Qualifizierungsprogramme und prinzipiell mehr Pragmatismus.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien sei aber auch eine konsequente Senkung des Energieverbrauchs um 37% bis 2030 nötig. Einsparpotentiale ließen sich in verschiedensten Bereichen erkennen: Allein im Gebäudebereich wären dabei 30% durch technische Optimierungen und die Nutzung künstlicher Intelligenz möglich. Im Verkehr böten neben einem Tempolimit, autofreien

¹ Diese, die folgenden und auch weitere Politikempfehlungen zur Entspannung der Öl- und Gasversorgung in Deutschland finden sich in der Publikation [„Aus der Energiekrise durch Effizienz und Suffizienz“](#) des Umweltbundesamtes.

Sonntagen und eine Verbesserung des ÖPNV eine Möglichkeit, schnelle Maßnahmen zu ergreifen. Auch im Bereich der privaten Haushalte liege viel Potential, welches noch nicht ausreichend genutzt werde. Grund dafür sei auch die Energiesparkampagne der Bundesregierung, welcher es an Effizienz und Adressatenorientierung fehle. Daneben müsse die Leitungssituation für Gas und Wasserstoff innerhalb Europas verbessert und die Nutzung der Leitungen flexibler gestaltet werden. Was der konkreten Umsetzung dieser entscheidenden Maßnahmen primär im Weg stehe, sei das Fehlen eines gemeinsamen politischen Willens.

Im zweiten Panel diskutierten **Alexandra Goritz (Germanwatch e.V.)**, **Jens Nagel (GTAI)** und **Prof. Dr. Jan Steckel (MCC)** über internationale Klimapartnerschaften als kooperatives Instrument der internationalen Zusammenarbeit im Energie- und Klimabereich. Im Fokus standen insbesondere die *Just Energy Transition Partnerships (JETPs)*, deren Ziel es sei in großen Schwellenländern sowohl den Kohleausstieg als auch den Ausbau von erneuerbaren Energien massiv voranzutreiben, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Durch den Aufbau dieser Partnerschaften hätten Deutschland und seine Partner zum einen die Chance ihrer besonderen Verantwortung in diesem Kontext gerecht zu werden, zum anderen seien sie wichtig um auch künftig einen wachsenden Energiebedarf decken zu können.

Während das Instrument grundsätzlich positiv bewertet wurde, sei es jedoch wichtig zu erkennen, dass jedes Partnerland unterschiedliche Voraussetzungen mitbringe und deswegen auch jede Partnerschaft individuell gestaltet werden müsse. So sei auch eine Auseinandersetzung mit den politökonomischen Hintergründen der Länder elementar um beispielsweise zu verstehen, warum diese weiter in den Kohleabbau investierten: Kohlekraft Sorge für verlässliche Mengen an verfügbarem Strom und beschleunige, so Forschungsergebnisse², noch schneller als erneuerbare Energien, Industrialisierung und Wachstum. Hinzu komme, dass Energiesicherheit und Bezahlbarkeit oft mehr gesellschaftlichen Zuspruch erhielten als Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, weswegen die relevanten Akteure in den Partnerländern andere politische Ziele als den Ausbau erneuerbarer Energien forcierten. Eine häufig enge Verknüpfung der Kohle-Lobby mit der politischen Klasse mache dies nicht leichter.

Doch auch wenn es Sensibilität für die Realität und Problemlagen der Partnerländer brauche, bedeute dies nicht, dass im Rahmen der Partnerschaften auf gemeinsame Sozial- und Umweltstandards sowie die Einhaltung der Menschenrechte verzichtet werden könne. Diskutiert wurde inwieweit die Partnerschaften auch dazu genutzt werden könnten, um als Katalysator zu wirken und Reformprozesse in diesen Bereichen anzustoßen. Einstimmig festgehalten wurde, dass bei jeder JETP der Entwicklungsnutzen für lokale Bevölkerung deutlich werden und die Partnerschaft kooperativ, gerecht und auf Augenhöhe stattfinden müsse.

² <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0928765522000306>